AfD scheitert mit Eilantrag zur Vizepräsidenten-Wahl im Bundestag

Als größte Oppositionspartei wurde der AfD nun von den Merkel Verfassungsrichtern endgültig das Recht auf den Vizepräsidenten-Posten verweigert. Die AfD ist vor dem Bundesverfassungsgericht mit dem Versuch gescheitert, den Bundestag vorläufig zu neuen Verfahrensregeln für die Wahl von Parlamentsvizepräsidenten verpflichten zu lassen.
Das Bundesverfassungsgericht hat zwei Eilanträge der AfD im Zusammenhang mit deren erfolglosen Bemühungen um einen Vizepräsidenten-Posten im Bundestag abgewiesen.
Sie seien unzulässig, teilte das Karlsruher Gericht am Mittwoch laut der AZ mit.
Das, was die AfD konkret beantragt habe, könne in einem Organstreit grundsätzlich nicht angeordnet werden.
Über die eigentlichen Klagen ist noch nicht entschieden.
Am 10. November will das Gericht über eine von ihnen verhandeln, wie parallel angekündigt wurde. (Az. 2 BvE 2/20 u.a.)
Die AfD ist in der zu Ende gehenden Wahlperiode als einzige Fraktion nicht mit einem Stellvertreter im Bundestagspräsidium vertreten.
Die anderen Parteien hatten allen sechs Kandidaten die erforderliche Mehrheit verweigert.
Die AfD-Fraktion sieht sich in ihren Rechten verletzt.
Mit ihrem Eilantrag hatte sie erreichen wollen, dass der Bundestag „vorläufig verfahrensmäßige Vorkehrungen“ für die Wahl des Präsidiums treffen muss.
Die Klage, über die im November verhandelt werden soll, stammt von dem Abgeordneten Fabian Jacobi (AfD). Hier geht es um die Frage, ob auch einzelne Abgeordnete oder nur die Fraktion ein Vorschlagsrecht für die Wahl haben. (SB)

Cancel-Culture im Getränkeregal: Endverblödung bei Edeka wegen „AFD“-Smoothie

20. August 2021

Die Politisierung der Wirtschaft ist inzwischen zum branchenübergreifenden Phänomen geworfen. Den wenigsten Firmen geht es dabei jedoch um Aufklärung, politische Bildung oder Informationsgewinn für ihre Kunden – sondern nur um Virtue Signalling, um das wohlfeile und möglichst zielgruppenkonforme Zurschaustellung der richtigen Gesinnung. Beim Greenwashing ist dies schon länger ein Thema, Natur- und zuletzt immer mehr der Klimaschutz sind schon

lange Marketing-Renner.

Hinzu kam in jüngster Zeit der **Diversitätswahn:** Black Lives Matter und Migrationshype sorgen für immer mehr farbige, „bunte" und möglichst nichtweiße und nicht-europäischstämmige Werbedarsteller, wobei hier die Besetzung erkennbar nach lupenrein (positiv-)rassistischen Kriterien erfolgt. Das Ziel ist die Abbildung einer Gesellschaft, die nichts mehr mit der Realität gemein hat, aber linke Zukunftsvisionen eines planetaren multiethnischen/-kulturellen Einerlei bestmöglich illustriert.
Ein ganz großer Renner jedoch auch der „Kampf gegen Rechts", durch den sich Gratismus und Haltung am leichtesten transportieren lassen, weil oberflächlichste Etiketten hierzu ausreichen. Ausgerechnet der Handelskonzern Edeka (bezeichnenderweise die Abkürzung für: *Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler)* brüstet sich mit der Ausmusterung von Flaschen des Smoothie-Herstellers „True Fruits" mit der Aufschrift AFD – ohne zu berücksichtigen geschweige denn seiner Kundschaft mitzuteilen, was es damit eigentlich auf sich hat.

Dabei hätte es vergleichsweise wenig Aufwand gekostet, sich mit dem Hintergrund des Flaschenaufdrucks zu beschäftigen: *True Fruits* ist nämlich aktuell ebenfalls bestrebt, politische Inhalte mit Produktmarketing zu verbinden; allerdings nicht über plumpe Gesinnungsbekundungen, sondern mit subtileren, kreativeren Mitteln: Der Trend-Smoothie-Hersteller, der seit jeher mit teilweise politisch unkorrekten Produktbotschaften für Aufsehen sorgte (teils „sexistische" Flaschenaufdrucke, pinke oder schwarze Getränkesorten), druckt seit einigen Wochen unter dem Slogan „*Sei keine Flasche*" Auszüge der Wahlprogramme einzelner Parteien auf seine Flaschen – wobei er auch frei erfundene Passagen unterstreut..



(Screenshot: Twitter)

Diese durchaus subversive und geistreiche Form der Auseinandersetzung mit politischen Themen im Bundestagswahlkampf ist tausendmal origineller als die Anwandlungen betreuten Denkens, für das die meisten sonstigen Werbetreibender der Gegenwart stehen. Sie laufen allerdings Gefahr, von **Gesinnungswächtern** in ihrer grotesken Oberflächlichkeit nicht verstanden und auch nicht gewürdigt zu werden – und genau das ist bei Edeka of-

fenkundig geschehen. Dass hier weder für die AfD Wahlkampf gemacht noch irgendwie Partei ergriffen wurde, haben die Verantwortlichen wohl schlicht nicht kapiert.
Kein Problem hatten sie aufschlussreicherweise jedoch mit all den anderen Altparteien-Bezeichnungen auf den sonstigen Sorten, für die dann offenbar genügend Platz im Regal ist.

Auf Facebook ging **das billige antirechte Mainstream-Anbiederungsmanöver** jedenfalls gehörig nach hinten los: Dort brandete ein regelrechter Shitstorm gegen Edeka auf – mittlerweile (Stand 20. August mittags, keine 24 Stunden nach Veröffentlichung des Edeka-Posts) fanden sich dort 6.000 Kommentare und die meisten davon gingen mit dem Unternehmen für seine unerträgliche Heuchelei hart ins Gericht (nachfolgend nur ein kleiner Exzerp der Kommentarspalte):


Simone Drews
Gerade wollte ich zu Edeka ..Zack zu Rewe
10
Gefällt mir · Antworten · 21 Std.
1 Antwort

Marina Buck
Ok, zu Edeka gehe ich aus Prinzip nicht mehr...
4
Gefällt mir · Antworten · 20 Std.

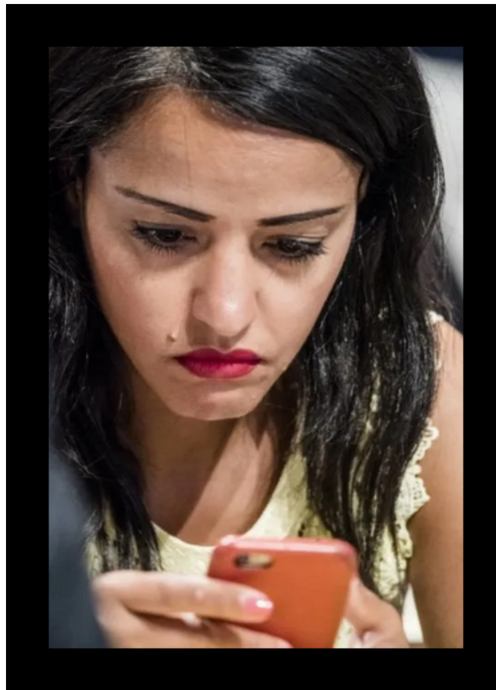
Christian Stahl
Damit ist EDEKA bei uns gestrichen. Linksextremen Hass werden wir nicht mit Konsum unterstützen.
Ach ja, ich suche mal nach den Bildern, als die EDEKA-Läden 1933 Widerstand gegen die Nazis leisteten...
37
Gefällt mir · Antworten · 19 Std.

Christian Stahl
Hier noch ein bisschen was zur historischen Einordnung - mit der Anbiederung an den Zeitgeist und die Ausgrenzung der jeweils gerade Unerwünschten hat man nämlich bei EDEKA Erfahrung:
" Im März 1933 fordert die Edeka ihre Mitglieder auf, den örtlichen... **Mehr ansehen**
DEUTSCHLANDFUNK.DE
- Aus der Not geboren
36
Gefällt mir · Antworten · 19 Std.
2 Antworten

Jens Mahlow
Bescheuert.
1
Gefällt mir · Antworten · 18 Std.

Moritz Wieck
Undemokratisch und damit voll daneben, Edeka
Gefällt mir · Antworten · 15 Std.

(Screenshot:Facebook)
Dass sich erfrischend viele gegen diese Produktzensur und Cancel-Culture im Getränkeregal stark machen, ist gut für True Fruits, das damit das Ziel der polarisierenden Debattenbelebung erreicht hat, und auch für die unter Beschuss stehende Meinungsfreiheit. Und schlecht für Edeka, das nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte sein Fähnchen in den vorherrschenden Wind des Zeitgeistes hängt. (DM)



Der Ausnahmepolitikerin Saftsan Schebli wurde es gestern im Bundestag schlecht. So richtig. Einmal, weil da im Plenum – ganz im Gegensatz zu ihren SPD-Genossen – „krass viele" AfDler ihre Arbeit ernst nahmen und anwesend waren. Und zum anderen, weil Alexander Gauland dreisterweise kritisierte, dass beim Afghanistan-Einsatz deutsche Soldaten ihr Leben lassen mussten, um Cheblis muslimischen Glaubensbrüdern- und Schwestern Geschlechtergerechtigkeit nahezubringen. Da wird es nicht nur Chebli schlecht.
„Ich war heute im Bundestag. Saß auf der Bundesratsbank. Links von mir die AfD", teilt die SPD-Supertalentfrau Sawsan Chebli auf Twitter mit, um sich gleich im nächsten Post zu korrigieren. Der palästinensisch-stämmige Politikimport verwechselt bei der ganzen Aufgeregtheit schonmal rechts mit links – und zwitschert die Korrektur für ihre Fangemeinde zeitnah:



Nachdem nun klar ist, was links und was rechts ist, teilt SPD-Chebli in sehr einfacher Sprache ihre Verwunderung mit, dass bei der AfD der Abgeordnetenauftrag tatsächlich ernst genommen wird: „Es sind krass viele, die da sitzen", so Chebli bei ihrem Blick nach „rääächtz". „Und sie sind laut, grölen u. geben schlimmen Rassismus von sich", jammert das Chebli weiter, um dann endlich mit dem Grund für ihre Befindlichkeitsstörung herauszurücken: „Mir wurde bei der Rede von #Gauland schlecht. Hoffe, sie haben im nächsten Bundestag weniger Macht."
Na, dann wollen wir aber schon genau wissen, was der Brechreiz auslösende Gauland so

von sich gegeben hat. Gauland sagte, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sei insgesamt ein Fehler gewesen. Politische Ziele wie Schulunterricht für Mädchen seien kein Grund, um deutsche Soldaten ins Ausland zu schicken. „Um Geschlechtergerechtigkeit in die muslimische Welt zu tragen, mussten deutsche Männer dort ihr Leben lassen“, so die durchaus korrekte Feststellung.
Wie kann man nun der armen Frau helfen? Vielleicht mit einem Kotztüten-Spenden-Aufruf? „1000 Kotztüten für Frau Chebli“? Ihre offizielle Adresse müsste ja bekannt sein.
In Cheblis Twitter-Kommentarbereich schleicht sich dann auch die „eine oder andere“ Nachfrage an das politische Ausnahmetalent ein:
„Können Sie Ihre Behauptungen belegen? Ich hab die Rede gehört und gegrölt haben dabei nicht die „krass vielen“ (ist Ghettoslang jetzt die Politikersprache?) AfD-Mitglieder…“
„Sehr krautig krass was Sie schreiben. Weil Herr Gauland Wahrheiten ausspricht, wird Ihnen schlecht? Kommt das oft vor, sollten Sie nicht im Bundestag sitzen.“
„Sie sind sich bewusst dass wir Bürger sehen können wie es abläuft, da Bundestagssitzungen aufgezeichnet werden? Haben sie ggf die Grünen mit der AFD verwechselt? Der Rotgesichtige mit den langen Zotteln ist definitiv nicht bei der AFD …“
„Seltsam, mir wurde schlecht, als Sie mal von Scharia sprachen oder meinten, Ihr Vater sei integriert, obwohl er nach Jahrzehnten in diesem Land unsere Sprache noch nicht richtig beherrsche.“

„Ich habe Ihren Tweet gerade lachend einem Freund gezeigt. Sein Kommentar: „Das klingt, als hätte es ein Grundschüler geschrieben.“ Dass Sie dazu noch rechts und links nicht unterscheiden können, passt hervorragend ins Bild.“ (SB)

Shocking! AfD punktet bei jüngeren Wählern

28. August 2021

Klima-Gretel und Blauhaar-Rezzo suggerieren, dass gerade die junge Generation woke, grün und links sei.
Jetzt die Shocking-Nachricht: Gerade die AfD punktet bei jüngeren Wählern. Bei den seit 60 Jahren Links-Indoktrinierten liegen die Sozialisten vorn, gefolgt von der Union und der SED-Nachfolgepartei, den Linken. Alles ist also noch nicht verloren.

Die rot-rot-grünen Parteien fordern seit Längerem bereits das Absenken des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre und die Grünen sogar auf 14 Jahre, da sich die linken Kinderfänger – im Klima-Gretel-Fridays-for-Futher-Hype – somit Wählerstimmenzuwachs erhoffen.
Das Meinungsforschungsinstitut Insa hat im Auftrag der Thüringer Allgemeinen Zeitung – hinter der Bezahlschranke – indes ganz schlechte Nachrichten. Denn: Die AfD liegt bei den 16- bis 29 -Jährigen mit 26 Prozent Zustimmung deutlich vor den Mitbewerbern aus den Reihen der Altparteien. Die Möchte-gern-Liberalen von der FDP landen bei der benannten Altersgruppe mit 19 Prozent auf Platz 2. Dahinter die Union mit 18 Prozent. Die roten und grünen Sozialisten müssen sich mit mageren 12 Prozent begnügen. Die Linken würden nur von 8 Prozent der jungen Leute gewählt.
In der Alterskohorte der 30 bis 49-Jährigen liegt die AfD mit zusammen 65 Prozent noch weiter vorn. In dieser Altersgruppe votieren 32 Prozent für die Union, 30 Prozent für die SPD und 28 für die SED-Nachfolgepartei, die Linke. Die One-Man-Show der FDP kommt auf 19 Prozent und die Grünen baerbocken bei mageren 10 Prozent.
Bereits bei vorangegangenen Landtagswahlen war benannter Trend zu beobachten. So in

Sachsen. Dort entschieden sich 2019 rund 31 Prozent der männlichen 25- bis 34-Jährigen für die AfD, während alle Altersgruppen der Männer zusammengenommen bei 34 Prozent lagen.
Bei den Alt-68ern, sprich den ab 60-Jährigen, halten immernoch 30 Prozent den Sozialdemokraten die Stange. 23 würden sich für die Union entscheiden, 22 Verirrte bei den Linken. Die AfD kommt 12 Prozent, die FDP auf 6 Prozent und die Grünen liegen bei grade einmal 4 Prozent. (SB)

AfD punktet bei jüngeren Wählern

Umfrage: Bei den ab 60-Jährigen liegt die SPD vorn, gefolgt von Union und Linken

Von Elmar Otto

Erfurt. Seit langem wird über die Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre diskutiert. Vor allem Grüne, SPD und Linke machen sich dafür stark. Letztere setzen sich sogar für ein Wahlrecht ab 14 Jahre ein.

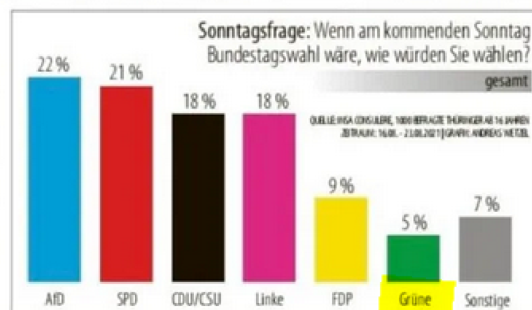
Eine Umfrage zeigt indes jetzt, dass die drei Parteien bei der jüngeren Zielgruppe nicht sonderlich punkten können. Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, würden 22 Prozent der Thüringer der AfD ihre Stimme geben – zumindest dann, wenn ab 16 gewählt werden dürfte. 21 Prozent entschieden sich für die SPD, je 18 Prozent für Union und Linke. Die FDP käme auf neun, die Grünen auf fünf Prozent.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung des Erfurter Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag dieser Zeitung, an der 1000 Personen aus Thüringen ab 16 Jahren teilnahmen. Die Umfrage wurde telefonisch und online vom 16. bis 23. August durchgeführt.

Unionsparteien sind skeptisch

Demnach liegt die AfD bei den 16- bis 29-Jährigen mit 26 Prozent Zustimmung deutlich vor den Mitbewerbern. Auf Position zwei folgt in dieser Altersgruppe die FDP, für die sich 19 Prozent entscheiden würden, dahinter die rangiert CDU/CSU (18 Prozent). SPD und Grüne kämen jeweils lediglich auf 12, die Linke sogar nur auf 8 Prozent.

Bei den Befragten zwischen 30 und 49 Jahren liegt die AfD mit zusammen 65 Prozent noch deutlicher in Front. Für die Union würden 32 Prozent votieren, für die







kus Blume. Eine Entkoppelung wäre inkonsequent.

Das Wahlalter sollte nicht von der Volljährigkeit losgelöst werden, meint auch die CDU. Für die Koppelung gebe es gute Gründe. „Wer das Wahlalter senken möchte, muss auch über die Volljährigkeit sowie Rechte und Pflichten sprechen", meint CDU-Bundesvize Julia Klöckner.

Die Insa-Demoskopen haben derweil ermittelt, dass bei den ab 60-Jährigen mit 30 Prozent die Sozialdemokraten die Nase vorn haben. 23 Prozent der Befragten würden ihr Kreuz bei der CDU/CSU machen und 22 bei der Linken. Für die AfD würden 12, die FDP 6 und die Grünen 4 Prozent stimmen.

Bundestag setzt Kommission ein

Auch im Bundestag ist die Debatte über das Wahlrecht für jüngere längst angekommen. Dort wurde im April dieses Jahres auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD die Einsetzung einer Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit beschlossen. Neben Maßnahmen zur wirksamen Begrenzung der Vergrößerung des Bundestages und Empfehlungen, um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern zu erreichen, soll das Gremium ebenso Vorschläge zur Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre erarbeiten.

Vor gut 50 Jahren durfte in der Bundesrepublik sogar erst mit 21 Jahren gewählt werden. Erst am 31. Juli 1970 trat eine Grundgesetzänderung in Kraft, die das Wahlalter